



Miltabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr monatlich 1,75 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Anzeigerpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezugsgebiet 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 30 Pf. — Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gaf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 237.

Vor der Weltwirtschaftskonferenz

Am 4. Mai 1927 wird in Genf die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds eröffnet werden. Die Beteiligung begrenzt sich nicht auf die Völkerbundmitglieder, sondern steht auch den Staaten offen, die bisher noch nicht dem Völkerbund angehören. Dabei wird neben Amerika auch voraussichtlich die Sowjet-Union an der Konferenz teilnehmen, nachdem der diplomatische Streitfall mit der Schweiz, der Rußland bisher formell von den Genfer Verhandlungen fernhielt, beigelegt worden ist. Die Tagesordnung bringt zunächst eine allgemeine Aussprache über die Lage der Weltwirtschaft, alsdann an zweiter Stelle die Erörterung von Sonderfragen des internationalen Handels, der internationalen Gütererzeugung und der internationalen Landwirtschaft. Bereits im vorigen Jahr hat eine vorbereitende Konferenz bestimmte Vorarbeiten geleistet, die wesentlich von deutschen Gelehrten gemacht worden sind.

Was hat die Weltwirtschaft, was hat insbesondere auch unser deutsches Wirtschaftsleben von der bevorstehenden Konferenz zu erwarten? Man muß da den vernünftigen Mittelweg zwischen Ueberschätzung und Unterschätzung finden. Wenn die politischen Veranstaltungen des Völkerbunds bisher meist nur geschickt aufgebaute Kulissen für allerhand einseitige Interessen waren, so gilt dies wohl kaum von der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Hier soll der sachliche wissenschaftliche Ernst der Verhandlungen gesichert sein, schon durch die Tatsache, daß Länder von schärfster Gegenfährlichkeit der Wirtschaftsauffassung, wie Amerika und Rußland, gleichberechtigt an der Konferenz teilnehmen.

Jedoch darf man nun nicht glauben, daß unmittelbar nach Schluß der Weltwirtschaftskonferenz die einzelnen Länder die von der Konferenz ihnen anempfohlenen Reformen sofort durchführen werden. Wir sehen ja, wie schwer es schon ist, auch nur zwei Länder, die doch zahlreiche gemeinsame Wirtschaftsinteressen haben, wie Deutschland und Frankreich, handelspolitisch unter einen Hut zu bringen. Und nun gar erst mehrere Duzend Staaten zugleich, deren Wünsche, deren wirkliche und vermeintliche Lebensnotwendigkeiten in vielen Punkten einander scharf widersprechen! Hier werden selbst die weisesten Reden vom Genfer Konferenztag nicht so ohne weiteres den Umschwung herbeiführen können. Hier wird auch weiter die Zeit der großen Lehremeister bleiben müssen, der nach dem Grundgesetz arbeitet, daß, ebenso wie viele Einzelwesen, so auch nicht wenige Regierungen und Parlamente eben erst durch eigenen Schaden zu belehren und von einer einseitig-selbstfüchtigen Wirtschaftspolitik abzubringen und zur Verständigung zu bewegen sind. Im Hinblick darauf ist es sehr interessant, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz die Fragen der Kriegsschadensleistungen, der Kriegsschulden und der Währungsabstimmung diesmal noch nicht berührt werden sollen. Ob diese Politik richtig ist, mag wohl bezweifelt werden. Wahrscheinlich wird ja die jetzige Weltwirtschaftskonferenz nicht die letzte sein, die sich mit den Erschwerungen der internationalen Wirtschaft zu befassen haben wird, und vielleicht wird dann später aus besserer Einsicht auch die Frage zur Erörterung gestellt werden, die heute die „Siegerstaaten“ noch unter strengem Verbot halten möchten, die Frage der finanziellen Auflösung der Weltkriegsfolgen.

Wahrscheinlich wird das Ergebnis der Konferenz die Gründung eines Weltwirtschaftsamts sein. Vor allem aber kommt es uns darauf an, daß die Weltwirtschaftskonferenz die Tribüne sein wird, um aus der dumpfen Not und Enge heraus, in die der Kriegsabschluß so zahlreiche Nationen, besonders auch das deutsche Volk, verweist hat, in wirksamer Weise die Forderung nach einer gerechteren Gestaltung der internationalen Wirtschaft, nach einer wirklichen Verständigung zu erheben. Aufgabe der deutschen Vertreter insbesondere wird es sein, auch in Genf mannhaft die mißachteten Lebensrechte der „Besiegten“ zur Geltung zu bringen.

Neue Nachrichten

Entschlieungen des Demokratischen Parteitags

Hamburg, 25. April. Auf der Schlußtagung des 7. demokratischen Parteitags wurde u. a. eine Entschlieung zur Außenpolitik angenommen, die Partei halte an den Grundgedanken der Politik von Locarno fest, stelle jedoch mit Bedauern fest, daß in den letzten Monaten ein Fortschritt der Verständigungspolitik nicht erzielt worden sei; die negativen Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen haben die Hoffnungen Deutschlands schwer enttäuscht. Die deutsche Regierung werde aufgefordert, die Befreiung des besetzten Gebiets als Folgerung von Locarno und den im Vertrag von Versailles anerkannten Anspruch Deutschlands auf die Einleitung der allgemeinen Abrüstung mit Nachdruck zu vertreten. Der 1. August solle zum gesetzlichen Nationalfeiertag erklärt werden. Den Kleinrentnern solle ein Rechtsanspruch auf eine menschenwürdige Existenz gesichert, die Beamtenbefolgung erhöht und ein freibeitliches Beamtenrecht geschaffen werden. Eine Verständigung über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche entspreche der Demokratie. Die Demokratische Partei sehe jedoch in der Form des Konkordats eine Beschränkung der Freiheit der Befehgebung, eine Gefahr für die Hoheit des Staats, für die Rechte des Volks und der Volkserziehung und für die Freiheit des Gewissens und des geistigen Lebens und lehne daher ein Konkordat ab. Zum Reichsschulgesez wird u. a. verlangt Sicherung der Staatshoheit über die Schule und eine dauernde Sicherung der Simultanschule. Zum Parteivorstand wurde Abg. Koch-Weser wiedergewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden bleiben Frau Ministerialrat Dr. Bäumer-Berlin, Staatspräsident a. D. Dr. Hieber-Stuttgart und Staatspräsident a. D. Hellpach-Karlsruhe. Neu in den Vorstand gewählt wurden Reichsminister a. D. Dr. Reinhold-Dresden, Oberbürgermeister Böß-Berlin und Direktor Stern-Berlin.

Beleidigung von Reichsministern durch Abg. Erkelenz
Der Abgeordnete Erkelenz hat anlässlich des demokratischen Parteitags nach dem Bericht einiger Blätter Äußerungen getan, in denen er die Zuverlässigkeit des Eides der deutschen Reichsminister in Zweifel gesetzt haben soll. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung eine Nachprüfung angeordnet, um zunächst festzustellen, ob diese Äußerungen tatsächlich so erfolgt sind.

Die Werbung für die Fremdenlegion
Speyer, 25. April. Vor einiger Zeit war der amtliche französische Fremdenlegionsführer Lucien Londs, der in Lachen-Speyerdorf (Pfalz) seinen Sitz hatte, mit einem ganzen Schuß junger Deutschen, die über die französische Grenze gebracht werden sollten, von zwei bayerischen Gendarmen angehalten worden. Seine Personalien wurden festgestellt und ihm eine von der französischen Befehungsbehörde ausgestellte Freipass abgenommen. Die französische Behörde geriet in große Verlegenheit; um sich darüber wegzuhelfen, leitete sie gegen die deutschen Gendarmen ein Strafverfahren wegen „beleidigender Haltung und Körperverletzung“ ein, wegen des Anhaltens des Transports konnte sie begreiflicherweise nicht gegen sie vorgehen. Am 10. März sollte vor dem Kriegsgericht in Landau die Verhandlung stattfinden, sie wurde aber plötzlich abgesetzt. Der Menschenjäger Londs, der schon hundert von Deutschen der Fremdenlegion zugeführt hat, wurde aus der Pfalz nach Düren verlegt, wo er unter dem Schutz der Befehungsbehörde sein niederträchtiges Unwesen weiter betreibt, nachdem ihm der pfälzische Boden zu heiß geworden ist. Die Bevölkerung war nachgerade so empört, daß an dem Schurken Volksjustiz geübt worden wäre. Die „Hohe Rheinlandskommission“ rührt sich nicht, und von den Verhandlungen, die aus Anlaß des Prozesses gegen die Gendarmen zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und der französischen Regierung eingeleitet worden sein sollen, hört man nichts mehr.

Die Nationalratswahlen in Oesterreich
Wien, 25. April. Bei starker Wahlbeteiligung (91 v. H. und mehr), jedoch in vollkommener Ruhe haben gestern in den österreichischen Ländern die Wahlen zum Nationalrat (Reichstag) stattgefunden. Das vorläufige Ergebnis ist: Einheitsliste (Christlich-Soziale und Großdeutsche) 79 (1923 82

Christlich-Soziale und 10 Großdeutsche), Sozialdemokraten 67 (68), Landbund 6 (5) und 13 Reststimmenmandate, von denen einige dem Landbund und 3 den Sozialdemokraten zufallen dürften. Verluste haben die Christlich-Sozialen, während die Großdeutschen ihren Beststand behauptet haben und der Landbund neue Sitze erobert hat. Die Mehrheit wird die Einheitsliste haben, der der Landbund nahesteht.

Doumergue und Briand reisen nach London
Paris, 25. April. Der Präsident der Republik traf am Sonntag in Marseille ein, um u. a. den Rhodanéal einzuweihen, der Marseille mit Arles verbindet. Große Feierlichkeiten wurden veranstaltet. Der Präsident wird sich am 15. Mai nach England begeben. Man legt diesem Besuch eine besondere politische Bedeutung bei, zumal Doumergue von Briand begleitet sein wird. Es soll eine eingehende Besprechung Briands mit Chamberlain bereits anberaumt sein; China und der italienisch-südslawische Streit sollen dabei im Vordergrund stehen.

General Wrangel in Belgrad
Belgrad, 24. April. Der bekannte General Wrangel in Belgrad eingetroffen. Von gewisser Seite wird seine Anst zu ausgelegt, daß er den Auftrag habe, sein Heer neu zu bilden und es im Kampf gegen die Volkswaffen auf der Seite Englands und Nordchinas zu verwenden. Den Regierungskreisen soll im Hinblick auf die bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch Südslawien die Tätigkeit des Generals Wrangels unerwünscht sein.

Die Ausweisung von Geistlichen in Mexiko
Mexiko, 25. April. Die Regierung erklärt, die ausgewiesenen Bischöfe und Prälaten seien vor die Wahl gestellt worden, vor Gericht zu erscheinen oder das Land zu verlassen. Die Ausgewiesenen sind an San Antonio (Texas) eingetroffen. Sie erklärten, daß sie die gegenwärtige Regierung in Mexiko nicht anerkennen.

Der Truppenkommandeur in Rio del Cuale im Staate Jalisco meldet die Erziehung eines Priesters, der der Beteiligung an der Einleitung eines Aufstands beschuldigt war. Weitere Priester werden verfolgt.

Mittelstandsagung der Deutschnationalen Volkspartei

Finanzminister Dr. Dethinger über die württ. Finanzpolitik
Stuttgart, 25. April. Unter starker Beteiligung fand gestern vormittag im Oberen Museum die Mittelstandsagung der Deutschnationalen Volkspartei statt, die von Landtagsabgeordn. Fischer eröffnet wurde. Zu dem Thema

Der Mittelstand und die württ. Finanzpolitik ergriff Finanzminister Dr. Dethinger das Wort. Er führte u. a. aus: Als vor drei Jahren die Rechtskoalition die Regierung übernahm, war die Lage unserer Wirtschaft mehr als trübselig. In Württemberg kam noch dazu, daß die Landwirtschaft einige Jahre hindurch Missernten hatte. Durch die Inflation waren die Losten ungleich verteilt, die Gewerbesteuer war auf unzureichenden Unterlagen aufgebaut, da das Gewerbesteuer durch die Inflation zerfressen wurde. Die ganze Wirtschaft stand noch immer unter dem Eindruck der Notverordnung, der einseitigen Diktatur. Der Staatshaushalt zeigte einen großen Abnang. Das Ziel der württ. Regierung mußte nach dieser Sachlage sein: Aufbau, Schaffen der Ordnung, gerechter Lastenausgleich und Senkung der Steuern. In diesen drei Jahren wurden nun 4 Staatshaushalte verabschiedet. Das Ergebnis dieser Jahre. Finanzwirtschaft ist, daß der Kern der Staatsfinanzen wieder in einen gesunden Zustand gebracht wurde, daß die Kreditfähigkeit des Staats erhöht wurde, und die Steuern gerecht verteilt und gesenkt wurden. Nur auf Grund dieser Finanzpolitik war es möglich, den Staatsvertrag mit dem Reich über den Anschluß der Nord-Süd-Linie abzuschließen, der für die Entwicklung Württembergs von weittragender Bedeutung sein wird. Der württ. Staat ist nicht mit Staatsschulden belastet, mit Ausnahme der Anleihe für die Wohnungskreditanstalt. An dem Etat für das Jahr 1928 wird bereits gearbeitet, so daß er im Herbst dem Landtag vorgelegt werden kann.

Die schwierigsten Fragen und Aufgaben der letzten Zeit waren die des Finanzausgleichs. Das ist der Kampf der Länder um ihre Existenz, der Kampf um zwei Weltanschauungen, der Kampf um die Frage, Einheitsstaat oder Bundesstaat. Er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die deutschnationale Fraktion die Länder in ihren gerechten Ansprüchen unterstützen müsse. Endlich ist es gelungen, mit der neuen Rechtskoalition für Württemberg eine Mehrernahme von 5,30 Millionen mehr zu erzielen als bisher. Wenn der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold auf dem Parteitag in Hamburg von einer Liebesabenspolitik für die süddeutschen Staaten

